

Glencore: Ein Fall für die Justiz

Public Eye

 Erklärung von Bern

Bundesanwaltschaft soll übernehmen

Zwei Monate nach der Veröffentlichung der Paradise Papers ist die Aufregung schon wieder weitgehend verflogen. Dies, obwohl das Ausmass der vom Internationalen Netzwerk Investigativer Journalisten (ICIJ) aufgedeckten unfairen Steuerpraktiken von multinationalen Unternehmen und Ultrareichen eigentlich heftige Proteste der «normalen» Steuerzahlenden verdient hätte.

Die westlichen Demokratien akzeptieren und bewahren ein System, das den Staatshaushalten dringend nötige Mittel entzieht, während ein paar wenige einen unvorstellbaren Reichtum anhäufen. Anwältinnen und Anwälte werden nicht müde zu betonen, dass die von ihnen ausgeheckten Tricks legal seien. Doch die intransparenten Offshore-Konstrukte ermöglichen es Unternehmen, die wenig Skrupel kennen, in aller Ruhe höchst zweifelhafte Transaktionen durchzuführen. Unter anderem Glencore, dem Rohstoffgiganten aus Zug. Für dessen delikate Geschäfte in der Demokratischen Republik Kongo interessieren sich Medien und NGOs bereits seit Jahren. Die Paradise Papers haben nun neue Fakten ans Licht gebracht, die den Verdacht auf suspekte Zahlungen bestärken.

Aus einer bislang geheimen Vereinbarung geht hervor, dass Glencore dem zwielichtigen israelischen Geschäftsmann Dan Gertler 45 Millionen Dollar lieh. Dieser verhandelte im Gegenzug erfolgreich mit den kongolesischen Behörden. Glencore verschaffte sich so Zugang zu zwei der begehrtesten Kupfer- und Kobaltminen – zu unschlagbaren Konditionen. Wie schaffte es das Unternehmen, auf den Eintrittspreis einen Rabatt von 445 Millionen Dollar zu erhalten? Ein Betrag, der dem gesamten Bildungsbudget der Demokratischen Republik Kongo entspricht? Geld, das das Land dringend nötig hätte...

Diese zentrale Frage hat Public Eye nun der Schweizerischen Bundesanwaltschaft übergeben: Am 19. Dezember haben wir Strafanzeige eingereicht. Wir sind der Meinung, dass die Schweizer Justiz genügend Hinweise hat, um zu untersuchen, ob Glencore die nötigen Vorkehrungen getroffen hat, um profitable, aber illegale Handlungen zu verhindern. Es liegt an der Justiz, den Verdacht auf Veruntreuungen zu zerstreuen – oder zu bestätigen.

R. de Riedmatten



Raphaël de Riedmatten

Dank Ihnen!

Die Reportagen und Analysen in unserem Magazin und die Recherchen, auf denen diese beruhen, sind nur dank der Unterstützung unserer Mitglieder möglich.

Sie sind bereits Mitglied? Herzlichen Dank! Und doppelten Dank, falls Sie jemandem eine Mitgliedschaft verschenken.

Sie sind noch nicht Mitglied? Für 75 Franken pro Jahr werden Sie es und erhalten regelmässig unser Magazin. Oder lernen Sie uns erst kennen und bestellen Sie gratis ein Testabonnement.

Wir freuen uns, von Ihnen zu hören – auf www.publiceye.ch/mitglieder

Public Eye

Die Paradise Papers und die Schweiz

Glencores Geschäfte im Kongo:
Public Eye reicht Strafanzeige ein ▶ S. 4

Die Paradise Papers, die Schweiz
und die Rohstoffe ▶ S. 10

Steuroptimierung à la Paradise Papers
auch in der Schweiz ▶ S. 14

Die Professorin in unserer Jury

Die Journalismus-Professorin Anya Schiffrin ist eines von vier externen Jury-Mitgliedern für unseren «Investigation Award». Jetzt noch ein Projekt einreichen! ▶ S. 16

Die Realitäten hinter «Made in Ukraine»

Oksana Dutchak hat recherchiert, wie bekannte Modemarken in ihrer Heimat Kleider herstellen lassen. Jetzt will sie ins öffentliche Bewusstsein bringen, was das für die Arbeitenden bedeutet. ▶ S. 20

Inakzeptable Doppelmoral

Syngenta weibelt für giftige Pestizide
– mit Unterstützung des Bundes ▶ S. 24

Konzernverantwortungsinitiative

Der Gegenvorschlag ist gescheitert,
der Abstimmungskampf geht los ▶ S. 26

Nein zu «No Billag»

Ein Ja wäre auch für NGOs
eine Katastrophe ▶ S. 27



Ein Arbeiter in der kongolesischen Kupferverarbeitungsanlage von Katanga Mining – des Unternehmens, das für den Zugang zu begehrten Minen in der Demokratischen Republik Kongo einen riesigen Rabatt erhielt. Ging dabei alles mit rechten Dingen zu?

Glencores Geschäfte im Kongo: Public Eye reicht Straf- anzeige ein



Letzten November haben die «Paradise Papers» aufgedeckt, wie der Rohstoffgigant aus Zug in der Demokratischen Republik Kongo für den Zugang zu sehr begehrten Kupfer- und Kobaltminen einen massiven Rabatt erhalten hat. Als Vermittler für Glencore fungierte der zwielichtige Geschäftsmann Dan Gertler. Für Public Eye ist es an der Zeit, dass die Schweizer Justiz überprüft, ob die Transaktionen, die im Rahmen dieser Zusammenarbeit abgeschlossen wurden, rechtmässig waren.

MARC GUÉNIAT

Die Presse und die NGOs haben ihren Teil der Arbeit gemacht. Seit mehr als fünf Jahren weisen sie darauf hin, wie Glencore an Schürfrechte für einige der weltweit begehrtesten Kupfer- und Kobaltminen in der Demokratischen Republik Kongo gekommen ist. Dutzende von detaillierten Berichten und Artikeln werfen die Frage auf, wie Glencore mit Dan Gertler zusammenarbeitet – einem zwielichtigen israelischen Geschäftsmann, der den höchsten Kreisen in Kinshasa sehr nahe steht und für sein Talent bekannt ist, Deals abzuschliessen, die für die Staatskassen immer ungünstig ausfallen. Anfang November dieses Jahres enthüllten die «Paradise Papers» neue Elemente, die noch deutlicher machten, wie nötig es ist, dass diese Verbindungen auf rechtlicher Ebene überprüft werden.

Es ist an der Zeit, dass sich die Justiz dem Korruptionsverdacht im Zusammenhang mit den Aktivitäten von Glencore in einem der ärmsten Länder der Welt annimmt und diesen bestätigt oder entkräftet. Am Dienstag, dem 19. Dezember, hat Public Eye deshalb eine Strafanzeige bei der Bundesanwaltschaft (BA) eingereicht und sie aufgefordert, den Fall – mit dem Einsatz ihrer Mittel, die über jene einer journalistischen Recherche hinausgehen – zu untersuchen.

Ein ungeklärter Rabatt

Die Affäre, um die es geht, beginnt im März 2008. Im Kongo veröffentlicht eine offizielle Kommission einen Bericht, in dem sie die Neuverhandlung von Schürfrechtlizenzen fordert. Diese waren zwei Jahre zuvor zu oft

sehr tiefen Preisen an ausländische Investoren vergeben worden. Nun will die Demokratische Republik Kongo, eines der ärmsten Länder der Welt, mehr abbekommen von den Gewinnen, die mit den Erzen aus ihrem Boden erzielt werden. Die Revision obliegt dem staatlichen Unternehmen «Générale des carrières et des mines» (Gécamines). Es vergibt die Lizenzen, legt den Umfang der Konzessionen fest und zieht die Gebühren ein. Geht es um Kupfer, verlangt Gécamines ebenfalls ein «pas-de-porte», eine Art Zutrittsgeld zur Mine, das auf der Basis der verfügbaren Reserven berechnet wird: Pro Tonne des roten Metalls werden 35 US-Dollar fällig. Ein Bericht des Carter Centers zu diesem Thema bescheinigt dieser Lösung den «Vorteil der Einfachheit». Im Prinzip gilt sie für alle, tatsächlich haben mehr als drei Viertel der Bergbaukonzessionäre in der Demokratischen Republik Kongo solch einen Einstiegspreis bezahlt.

Doch Glencore und Dan Gertler – die als Partner bei der Firma Katanga Mining im Kongo in zwei Minen namens Kamoto und DCP Kupfer und Kobalt fördern – schaffen es, den eigentlichen Einstiegspreis um das Vierfache zu verringern: Statt der von Gécamines geforderten 585 Millionen Dollar bezahlen sie schliesslich lediglich 140 Millionen oder 8,5 Dollar pro Tonne. Dieser Rabatt entspricht einem Zehntel des damaligen Budgets der Demokratischen Republik Kongo oder dem gesamten Bildungsbudget des Landes des Jahres 2010. Wie kam Katanga Mining zu diesen fantastischen Konditionen? Dies ist die zentrale Frage, deren Klärung Public Eye den Schweizer Justizbehörden übergibt. Auf Anfrage der Medien im Rahmen der «Paradise Papers»-Enthüllungen erklärte Glencore den tiefen Betrag erst mit der Menge der Kupferreserven, die Katanga Mining zur Verfügung steht. Nachdem diese Rechtfertigung von der NGO «Resource Matters» widerlegt wurde, äusserte sich die Firma mit Sitz in Zug nicht mehr zu der Sache.

Eine Aufmerksamkeit von 45 Millionen

Es ist genau in der Zeit während der Verhandlungen mit Gécamines, die zwischen Juli 2008 und Juli 2009 stattfinden, als Glencore sich anschickt, die Kontrolle über Katanga Mining zu übernehmen. Durch ein in Aktien umwandelbares Darlehen von 265 Millionen Dollar versorgt das Schweizer Unternehmen die kongolesischen Minen, die durch die Finanzkrise in Schwierigkeiten geraten sind, mit flüssigen Mitteln. De facto bedeutet dies, dass die Anteile der übrigen Aktionäre von Katanga Mining erheblich reduziert werden, weil sich diese nicht an der Kapitalerhöhung beteiligen können. Ein einziger weiterer Aktionär steuert Kapital bei: Dan Gertler. Aber in Tat und Wahrheit kommt das Geld von Glencore: Das Unternehmen gewährt dem israelischen Geschäftsmann ein Darlehen von 45 Millionen Dollar. Er wird so zum neben Glencore einzigen bedeutenden Beteiligten am Kredit von

265 Millionen, der später in Aktien umgewandelt wird. Warum gewährt die Schweizer Firma Gertler dieses Privileg, das sie den anderen Aktionärinnen und Aktionären verweigert? Ist der Mann unerlässlich für den reibungslosen Ablauf von Glencores Geschäften im Kongo?

Im Zuge der Verhandlungen mit Gécamines wird Gertler dreimal beauftragt, die Gespräche zu führen. Das heikelste Thema auf der Agenda ist die Höhe des Einstiegsgeldes. Am 23. Juni 2008, während einer Sitzung im Hilton Hotel des Flughafens Zürich, kommt der Verwaltungsrat von Katanga Mining zum Schluss, die finanziellen Forderungen des Kongo seien «unannehmbar». Im Beisein von Aristotelis Mistakidis, dem milliarden-schweren Verantwortlichen für das Kupfergeschäft von Glencore, erhält Gertler seinen ersten Auftrag. Innerhalb weniger Tage schafft er es, die Situation zu entschärfen. Im Oktober interveniert er ein zweites Mal erfolgreich.

«Lebenswichtige Mission» anvertraut

Die vom Verwaltungsrat als «lebenswichtig» bezeichnete Vereinbarung ist jedoch noch nicht formell genehmigt. Der entscheidende Moment kommt im ersten Quartal 2009. Dank der «Paradise Papers» lässt sich die Abfolge der Ereignisse rekonstruieren. Anfang Jahr leiht Glencore Gertler heimlich 45 Millionen Dollar. Bedeutendes Detail der Vereinbarung: Das Darlehen ist abhängig vom Erfolg der Verhandlungen, die dem Unternehmer anvertraut wurden. Sollte er scheitern, muss er Glencore die Summe voll zurückzahlen und bleibt ein unbedeutender Aktionär von Katanga Mining. Es steht also viel auf dem Spiel für ihn. Aber der Mann ist es gewohnt, mit hohen Einsätzen zu spielen.

Gertler erfüllt seine Mission, diesmal definitiv. Am 31. März 2009 schreibt Katanga Mining in einer Pressemitteilung erfreut: Das Unternehmen bezahlt einen Einstiegspreis von nur 140 Millionen Dollar. Im Juli wird das Abkommen mit Gécamines unterzeichnet. Gleichzeitig wandeln Glencore und Gertler ihr Darlehen in Aktien um und werden so zu den Steuermännern über die lukrativen Minen Kamoto und DCP.

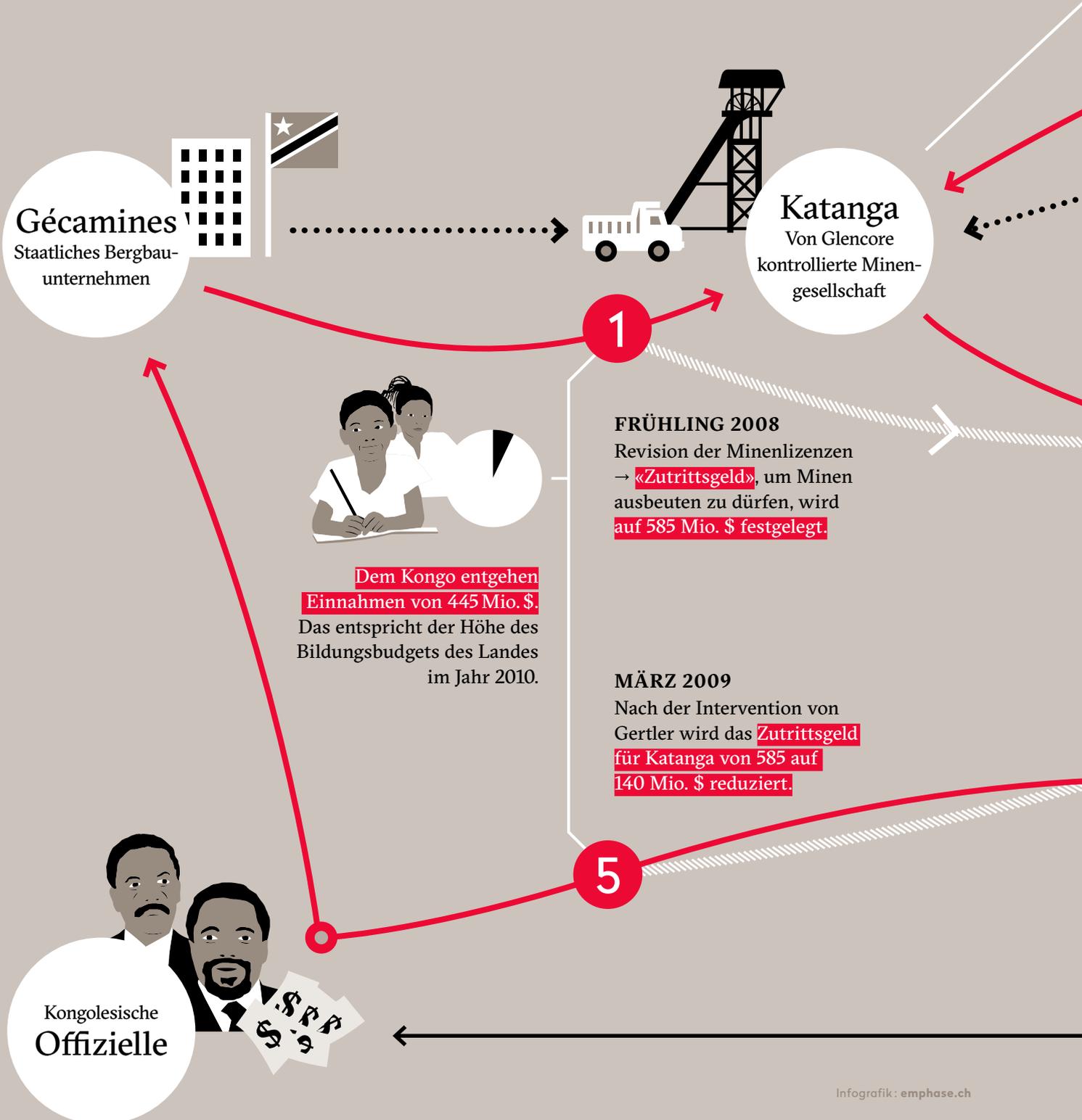
Die Frage bleibt: Warum haben Glencore und Katanga Mining drei Mal gerade Dan Gertler damit beauftragt, mit den kongolesischen Behörden zu verhandeln? Einen Mann, dessen Ruf bereits damals äusserst zwielichtig war, wie wir sehen werden.

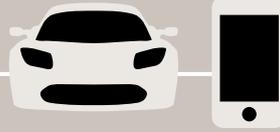
Persönlicher Freund des Präsidenten

Am 17. Mai 1997 besucht Dan Gertler, Sohn eines Diamantenhändlers, die Demokratische Republik Kongo zum ersten Mal. Er ist 23 Jahre alt. Soeben hat Laurent-Désiré Kabila Mobutu nach einem blutigen Bürgerkrieg gestürzt. Dan Gertler freundet sich schnell mit Joseph Kabila an, dem damaligen Oberbefehlshaber der Armee, der 2001, nach dem Tod seines Vaters, dessen

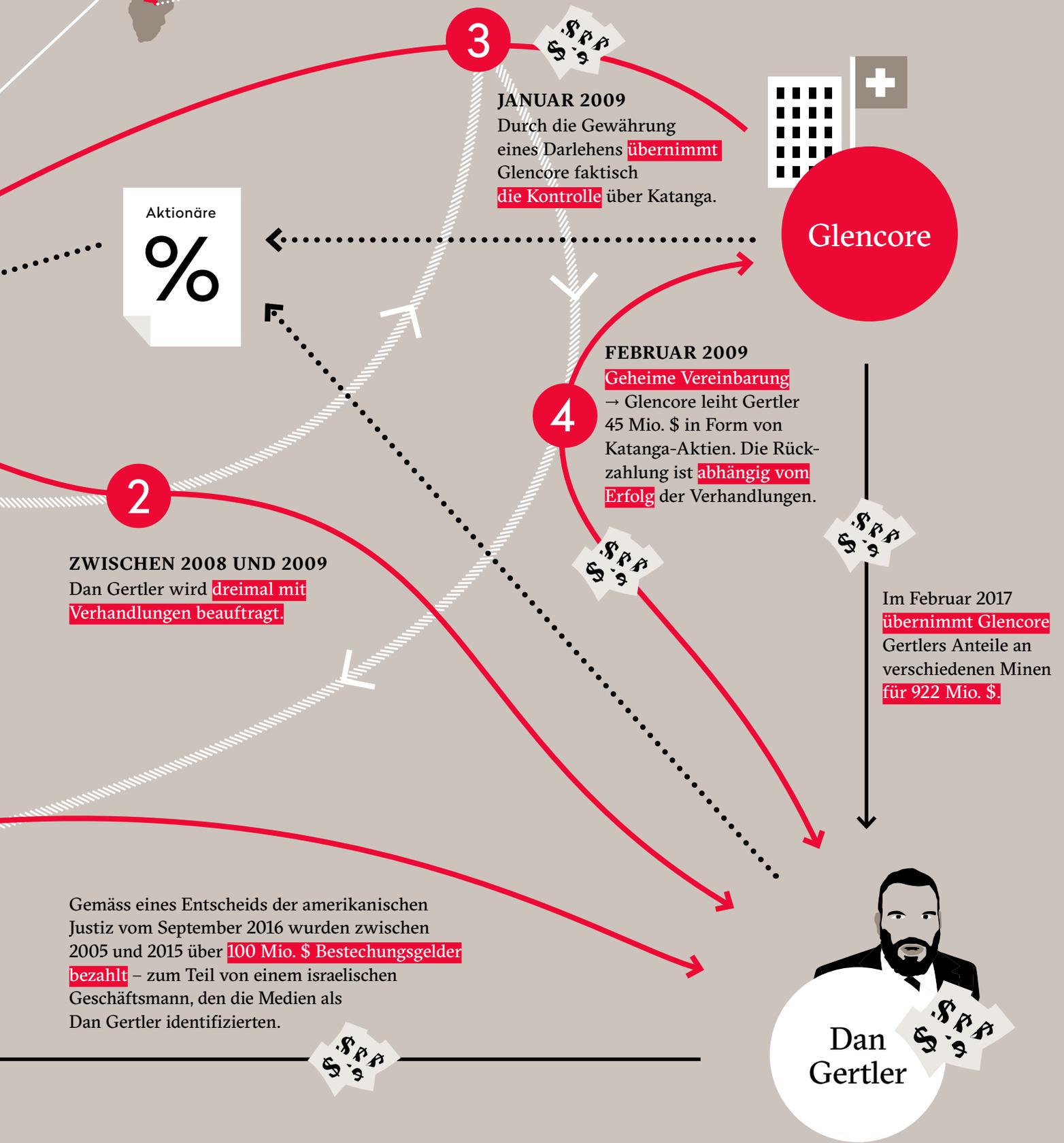
Die Deals von Glencore in der Demokratischen Republik Kongo

Der Rohstoffriese Glencore hat sich in der Demokratischen Republik Kongo den Zugang zu begehrten Kupfer- und Kobaltminen gesichert. Um zu möglichst günstigen Konditionen an die Bodenschätze zu kommen, setzte der Konzern auf einen Geschäftsmann mit äusserst zwielichtigem Profil: Dan Gertler. Zwischen 2008 und 2009 beauftragte Glencores Mininggesellschaft Katanga den Israeli damit, mit den kongolesischen Behörden zu verhandeln.





Ohne Kupfer und Kobalt könnten keine Smartphones oder Elektroautos hergestellt werden.



2

ZWISCHEN 2008 UND 2009
Dan Gertler wird dreimal mit Verhandlungen beauftragt.

3

JANUAR 2009
Durch die Gewährung eines Darlehens übernimmt Glencore faktisch die Kontrolle über Katanga.

4

FEBRUAR 2009
Geheime Vereinbarung → Glencore leiht Gertler 45 Mio. \$ in Form von Katanga-Aktien. Die Rückzahlung ist abhängig vom Erfolg der Verhandlungen.



Im Februar 2017 übernimmt Glencore Gertlers Anteile an verschiedenen Minen für 922 Mio. \$.

Gemäss eines Entscheids der amerikanischen Justiz vom September 2016 wurden zwischen 2005 und 2015 über 100 Mio. \$ Bestechungsgelder bezahlt – zum Teil von einem israelischen Geschäftsmann, den die Medien als Dan Gertler identifizierten.



Nachfolge übernimmt. Nun ist Gertler der persönliche Freund des amtierenden Staatsoberhauptes.

Noch im selben Jahr bezeichnet ein Expertenbericht an den Sicherheitsrat der UNO die Aktivitäten des israelischen Geschäftsmanns als «einen Alptraum» für die Regierung der Demokratischen Republik Kongo. Dies deshalb, weil Gertler gemäss dem Bericht vom staatlichen Unternehmen MIBA für eine lächerlich kleine Summe ein Monopol auf den Verkauf von Diamanten erhalten habe. Sechs Jahre später kommt ein weiterer UN-Bericht zum Schluss, dass Gertler durch den Verkauf fast der Gesamtheit der MIBA-Diamanten den Bürgerkrieg und die damit

Dank seiner beiden mächtigen Freunde hat Gertler Einfluss auf die höchsten Ebenen des kongolesischen Staates.

verbundenen Gewalttaten finanziere. Im Jahr 2005 lehnt sich das kongolesische Parlament gegen die Transaktionen zwischen Examon, einem Unternehmen Gertlers, und MIBA auf: Es sei «weder fair noch akzeptabel», dass Examon dermassen viel Gewinn erwirtschaftete und die Diamantenproduktion der MIBA an sich reisse. Der Kredit- und Verkaufsvertrag zwischen MIBA und Examon enthalte – verglichen mit an den internationalen Finanzmärkten normalerweise geltenden Regeln – «eindeutig ein finanzielles Ungleichgewicht zum Vorteil von Examon».

Der «Zwillingsbruder»

Den Vertrag mit Examon hat Augustin Katumba Mwanke, die Nummer zwei des kongolesischen Regimes und Kabilas inoffizielle rechte Hand, unterzeichnet. Der wird in einem UN-Bericht als der unumgängliche Mittelsmann bei Bergbautransaktionen bezeichnet. Auch Katumba ist ein enger Freund von Gertler, in seinen Memoiren bezeichnet er ihn gar als seinen «Zwillingsbruder».

Dank seiner beiden mächtigen Freunde hat der israelische Geschäftsmann Einfluss auf die höchsten Ebenen des kongolesischen Staates. Bei jedem Unternehmen mit einem Compliance-Verfahren, das seinen Namen verdient, hätte solch ein Profil die Alarmstufe Rot auslösen müssen. Aber Glencore stört sich nicht daran. Im Gegenteil: Das Zuger Unternehmen kooperiert bei mehreren anderen gewichtigen Geschäften mit dem Mann. Noch im Jahr 2012 bezeichnet der oberste Chef von Glencore, Ivan Glasenberg, Gertler explizit als einen «unterstützenden Aktionär».

Gertler als Vorbild für Di Caprio

Doch im März 2017 bricht Glencore die Zusammenarbeit mit Gertler nach zehn fruchtbaren Jahren ab und über-

nimmt dessen Anteile an verschiedenen Minen für insgesamt 922 Millionen Dollar. Der Diamantenhändler ist zu einer zu grossen Hypothek geworden. Sechs Monate zuvor hat ein Investmentfonds, Och-Ziff, ein Abkommen mit der US-Justiz geschlossen, in dem es sich bereit erklärt, ein Strafgeld von 413 Millionen Dollar zu zahlen, um Strafverfahren in Bezug auf Korruptionsvorwürfe in verschiedenen Ländern zu entgehen. In der Demokratischen Republik Kongo sind Schmiergelder über einen «israelischen Geschäftsmann» ausbezahlt worden, bei dem es sich vielleicht um jene Person handle, die den Film «Blood Diamond» inspiriert habe. Der Geschäftsmann wird auch als persönlicher Freund zweier hochrangiger kongolesischer Beamter bezeichnet, deren Profil dem von Joseph Kabila und Augustin Katumba Mwanke entspricht. Es bestehen kaum Zweifel daran, dass dieser Mann Dan Gertler ist. Doch als die Presse ihn darauf anspricht, streitet Gertler jederlei verwerfliches Verhalten ab.

Dutzende Millionen Dollar Schmiergeld

Nicht abzustreiten ist die Tatsache, dass diese «zwei kongolesischen Beamten» Dutzende Millionen Dollar an Schmiergeldern erhalten haben – unter anderem in jener Phase, in der Glencore und Katanga Mines über Gertler erbittert mit Gécamines verhandelten. Die Unterlagen des US-Entscheids zeigen ebenfalls, dass einige der aufgedeckten Bestechungsgelder von der Firma Lora Enterprises gezahlt wurden – derselben Offshore-Gesellschaft, die von Glencore das Darlehen in der Höhe von 45 Millionen Euro erhalten hat.

Dies alleine müsste eigentlich als Indiz ausreichen, um die Neugier der Strafverfolgungsbehörden zu wecken. Sollte sich die Justiz der Sache annehmen, dürfte sie Glencore nach den «höchsten Standards» beurteilen, die das Unternehmen laut eigener Aussage bei der Korruptionsbekämpfung anwendet. Glencore könnte auf jeden Fall nicht sagen, von nichts gewusst zu haben: Sämtliche Mandate von Gertler wurden im Beisein von Aristotelis Mistakidis genehmigt.

Und Glencore hat öffentlich bezeugt, man habe eine gründliche und vollständige Sorgfaltsprüfung durchgeführt, bevor man begonnen habe, mit dem Israeli zusammenzuarbeiten. Die Aufsichtsbehörden der kanadischen Börse, an der Katanga Mining gelistet ist, scheinen an dieser These zu zweifeln. Die Ontario Securities Commission überprüft derzeit, ob das Bergbauunternehmen die Investorinnen und Investoren ausreichend über die Korruptionsrisiken informiert hat, die mit Gertlers Aktivitäten im Kongo verbunden sind. Als Reaktion darauf ist Aristotelis Mistakidis aus dem Vorstand von Katanga Mining zurückgetreten. Glencores «Mister Copper» aber ist er nach wie vor.



Der zwielichtige Vermittler Dan Gertler 2012 bei einem Rundgang über die Anlagen von Katanga Mining in der Demokratischen Republik Kongo.

Keine Klagebefugnis für NGOs bei Korruptionsaffären

Das schweizerische Recht räumt Dritten keine Klagebefugnis ein. Daher kann ein Verein wie Public Eye keine Anklage im Namen des öffentlichen Interesses einreichen, um die Behörden dazu aufzufordern, ein Strafverfahren zu eröffnen.

In der Schweiz haben nur Umweltschutzverbände ein Beschwerderecht, und auch diese ausschliesslich in Verwaltungsangelegenheiten; etwa, um sich gegen ein Bauvorhaben zu wehren, das die Natur oder die Landschaft bedroht.

Deshalb haben wir im Falle von Glencore in der Demokratischen Republik Kongo eine Strafanzeige an die Staatsanwaltschaft des Bundes geschickt, wie dies jede Bürgerin und jeder Bürger tun kann. Im Gegensatz zum Beschwerdeführenden, der als Verfahrensbeteiligter anerkannt ist, hat eine anzeigende Person keinen Zugriff auf die Ermittlungsakten. Sie kann weder gegen eine

Entscheidung Berufung einlegen, noch kann sie sicherstellen, dass die Staatsanwaltschaft ihre Arbeit ordnungsgemäss verrichtet. Die Staatsanwaltschaft ist jedoch verpflichtet, die anzeigende Person über die getroffenen Massnahmen zu informieren.

In Frankreich stellt sich die Situation nach einem wegweisenden Gerichtsentscheid anders dar. Im Jahr 2007 haben die Vereine Sherpa und Transparency International die Justiz aufgefordert, ein Verfahren gegen angeblich illegale Vermögenswerte von Führungspersonen aus Kongo-Brazzaville, Gabun und Äquatorialguinea einzuleiten. Drei Jahre später hat der französische Kassationsgerichtshof den beiden Verbänden erstmals die Befugnis erteilt, aktiv am Verfahren teilzunehmen. Diese Verfahren sind noch nicht abgeschlossen. Jedoch wurde im Jahr 2017 Teodorin Obiang Nguema, Sohn des Präsidenten und Minister in der Regierung von Äquatorialguinea, in erster Instanz verurteilt.

Die Paradise Papers, die Schweiz und die Rohstoffe

Idyllische Inseln, eine ebenso beflissen wie diskret arbeitende Anwaltskanzlei, unzählige Briefkastenfirmen und Ultrareiche, die nach Möglichkeiten suchen, einen Teil ihres Vermögens zu verbergen. Die «Paradise Papers» vereinen alle Bestandteile eines guten Kriminalromans aus der zwielichtigen Offshore-Welt. Was sie auch zeigen: Die fragwürdigen Machenschaften von grossen Schweizer Rohstofffirmen.

GÉRALDINE VIRET UND OLIVIER LONGCHAMP

Offshore-Leaks 2013, China-Leaks und Lux-Leaks 2014, Swiss-Leaks 2015, Bahamas-Leaks und Panama Papers 2016: Immer wieder treten neue Datenlecks auf und werfen Licht auf die nach wie vor wenig bekannte Offshorewelt, in der schwerreiche Promis, hochrangige Politikerinnen und Politiker und multinationale Konzerne fiktive Unternehmen gründen, um deren wahre Eigentümerinnen oder Eigentümer zu verbergen, Geschäftsbeziehungen zu verschleiern, Steuern zu vermeiden oder sich den Strafverfolgungsbehörden zu entziehen.

Die Paradise Papers, die im November letzten Jahres vom Internationalen Netzwerk Investigativer Journalisten (ICIJ) veröffentlicht wurden, sind das Resultat des bislang grössten Datenlecks in einem Steuerparadies: Über 13 Millionen vertrauliche Dokumente sind ans Licht gekommen. Die darin dokumentierten Methoden der Steuervermeidung oder der Verschleierung dubioser Geschäfte sind zwar in den meisten Fällen legal, aber dennoch nicht legitim. Besonders schlecht verdaulich sind diese Machenschaften, wenn sie zum Nachteil der Bevölkerung armer Länder stattfinden und diesen die Mittel entziehen, die sie für ihre Entwicklung dringend nötig hätten.

Rohstofffluch «Made in Switzerland»

Was sagen die vom Journalisten-Netzwerk analysierten Daten über die Rolle der Schweiz aus? Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann sagte in einer ersten Reaktion, er befürchte aufgrund der Paradise Papers

Die Paradise Papers zeigen einmal mehr, wie risikobehaftet die Geschäfte der Schweizer Rohstoffbranche sind.

keinen Imageschaden «speziell für die Schweiz», weil die Enthüllungen «die ganze Welt» betrafen. Tatsächlich aber nimmt die Schweiz in den Papieren einen durchaus prominenten Platz ein. Mit über 2360 eindeutigen

Verbindungen von Schweizer Unternehmen oder Privatpersonen liegt die Schweiz auf Platz 9 der Länder mit den meisten Kundinnen und Kunden von Appleby, der Kanzlei, die im Zentrum der Paradise Papers steht. Zieht man andere Offshore-Finanzplätze ab, nimmt die Schweiz gar Rang 5 ein. Eine Position, die in keinem Verhältnis steht zur demografischen oder wirtschaftlichen Bedeutung der Schweiz in der Welt.

Die jüngsten Enthüllungen zeigen einmal mehr, wie risikobehaftet die Geschäfte der Schweizer Rohstoffbranche sind. Die intransparenten Rohstoffhandelsfirmen sind oft in Ländern mit schwachen Regierungen, grosser Armut oder endemischer Korruption tätig. Dabei arbeiten sie eng mit Regierungen oder staatlichen Erdölgesellschaften zusammen, was grosse Risiken birgt. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat die Rohstoffbranche als den Sektor mit dem höchsten Korruptionsrisiko identifiziert – weit vor anderen Wirtschaftsbereichen, die nicht eben einen guten Ruf geniessen, wie etwa Bautätigkeiten der öffentlichen Hand oder die Waffenindustrie.

Glencores zwielichtiger Partner

Der Zuger Rohstoffgigant Glencore ist ein exklusiver Kunde von Appleby und bei den Mitarbeitenden der Firma für seine Anfragen am Rande der Legalität bekannt. Der Name Glencore erscheint ungefähr 34 000 Mal in den Unterlagen, die das ICIJ erhalten hat. Dieses Unternehmen alleine hat 107 Offshore-Gesellschaften kreiert. Die meisten mit dem Zweck, seine Steuern zu «optimieren» – zur grossen Freude der Aktionärinnen und Aktionäre, von denen manche zur Chefetage von Glencore gehören.

Glencore, im Ausland zuweilen als «das grösste Unternehmen, von dem Sie noch nie was gehört haben» bezeichnet, steht im Zentrum verschiedener heikler Geschäfte, die durch die Paradise Papers enthüllt wurden. Am meisten Aufsehen erregte jenes in der Demokratischen Republik Kongo: Durch die Partnerschaft mit einem zwielichtigen Geschäftsmann erhielt der Konzern einen Riesenrabatt auf den Preis von Schürfrechten (siehe Hauptartikel ab Seite 4). Dadurch entgingen



© Simon Dawson/Bloomberg/Getty Imag

der Demokratischen Republik Kongo – einem Land, in dem mehr als 80 Prozent der Bevölkerung mit weniger als zwei Dollar pro Tag auskommen müssen – mehrere hundert Millionen Dollar. Die Geschäfte von Glencore in der Demokratischen Republik Kongo zeigen in exemplarischer Weise, welche zentrale Rolle Rohstoffunternehmen beim Rohstofffluch spielen, der auf vielen ressourcenreichen Ländern lastet.

Trafigura und die angolanische Elite

Glencore ist nicht das einzige Handelsunternehmen mit Sitz in der Schweiz, von dem in den Paradise Papers die Rede ist. Am 8. November veröffentlichte die niederländische Tageszeitung «Trouw» einen Bericht, der die zweifelhaften Praktiken von Trafigura in Angola anprangerte – einem Land, in dem der machthabende Präsidentenclan seinen prunkvollen Lebensstil seit Jahren durch den Erlös aus der staatlichen Ölförderung finanziert. Dieser Fall hatte bereits 2013 die Aufmerksamkeit von Public Eye geweckt. Damals veröffentlichten wir einen Bericht, der die engen Bande zwischen dem Konzern mit Sitz in Genf und dem einflussreichen Geschäftsmann Leopoldino Fragoso do Nascimento aufdeckte – einem Mann mit direktem Zugang zum angolanischen Präsidenten.

Kurz zusammengefasst: Im Jahr 2011 ging Trafigura eine Partnerschaft mit General Fragoso do

Nascimento (Spitzname «Dino») ein, der damals ein enger Berater von Präsident Dos Santos war. Dank seiner exklusiven Beziehungen erhielt der Konzern einen Vertrag über etwa 3,3 Milliarden Dollar, unter anderem das Monopol auf die Versorgung Angolas mit Benzin und Diesel. Die Unterlagen von Appleby zeigen nun die grosse Nähe zwischen Trafigura und dem General und wie ihre kommerziellen Interessen miteinander verflochten sind. Aus den Dokumenten

Dank exklusiver Beziehungen erhielt Trafigura einen Vertrag über etwa 3,3 Milliarden Dollar, unter anderem das Monopol auf die Versorgung Angolas mit Benzin und Diesel.

geht unter anderem hervor, dass «Dino» zwar in den Unterlagen des Joint Venture mit der Genfer Rohstoffgruppe als einziger «Investor» angegeben ist, dieses aber in Wahrheit von Mariano Marcondes Ferraz gegründet und geleitet wurde. Ferraz, ein früherer Glencore-Mitarbeiter, war damals die Nummer Eins von Trafigura in Angola und stieg 2014 in die Geschäftslei-

tung auf. Im Jahr 2016 wurde er im Rahmen des Petrobras-Skandals in Brasilien wegen Korruption angeklagt.

Louis Dreyfus und der Sojakönig

Eine weitere illustre Figur in den Paradise Papers ist der brasilianische «Sojakönig» Blairo Maggi. Der Grossgrundbesitzer und ehemalige Gouverneur des Bundesstaates Mato Grosso erhielt im Jahr 2005 von Greenpeace die «Goldene Kettensäge» als Anerkennung seines Beitrags

Die Fälle haben einen gemeinsamen Nenner: Sie zeigen die Bereitschaft von Rohstoffunternehmen, mit risikoreichen Partnern, insbesondere politisch exponierten Personen oder deren Umfeld, engste Geschäftsbeziehungen einzugehen.

an die Entwaldung des Amazonas. Heute steht er an der Spitze des mächtigen Landwirtschaftsministeriums. Im Rahmen der Paradise Papers enthüllte das französische investigative Fernsehformat «Cash Investigation» die problematischen Geschäfte des Unternehmens Louis Dreyfus Commodities mit diesem Geschäftsmann und Politiker in Personalunion.

Die niederländische Gruppe, die einen wesentlichen Teil ihrer Handelsaktivitäten von Genf aus betreibt, gründete 2009 mit Blairo Maggis Amaggi-Gruppe, dem weltweit grössten Sojaproduzenten, ein Joint Venture – obwohl sie vom problematischen Ruf von deren Eigentümer wusste. Im Jahr 2010 beteiligte sich Louis Dreyfus sogar finanziell an Maggis Wahlkampf.

Zahlreiche von dessen politischen Entscheidungen zielen in erster Linie darauf ab, die Interessen der

Agroindustrie im Allgemeinen und seines Unternehmens im Besonderen zu fördern – mit äusserst negativen Folgen für die Umwelt und die indigene Bevölkerung. Im September 2017 leiteten die brasilianischen Justizbehörden gegen Maggi ein Verfahren wegen Korruption, Geldwäsche und Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung ein. Es geht um seine mögliche Rolle in einem Korruptions-skandal während seiner Zeit als Gouverneur. Der Landwirtschaftsminister bestreitet jegliche Vorwürfe.

Klima der Straflosigkeit

Die von den Paradise Papers aufgedeckten Fälle haben einen gemeinsamen Nenner: Sie zeigen die Bereitschaft von Rohstoffunternehmen, mit risikoreichen Partnern, insbesondere politisch exponierten Personen oder deren Umfeld, engste Geschäftsbeziehungen einzugehen – trotz der grossen Risiken von Interessenkonflikten und Korruption. Neben den oben erwähnten Fällen kann man auch noch den Zürcher Fondsmanager Jean-Claude Bastos de Morais erwähnen, der den Auftrag zur Verwaltung des angolanischen Staatsfonds wohl vor allem deshalb erhalten hat, weil er eine äusserst enge Beziehung zum Sohn von Präsident Dos Santos pflegt und Kontakte zu wichtigen Schweizer Persönlichkeiten hat.

Offshore-Konstrukte, wie sie von der Anwaltskanzlei Appleby ausgeheckt werden, dienen oft dazu, die Natur der Geschäfte und die tatsächlichen Besitzerinnen oder Besitzer der Unternehmen zu verschleiern, mit denen grosse Konzerne Handel treiben. Zudem erschweren sie es den Strafverfolgungsbehörden, mögliche Straftaten aufzudecken. Denn diese sind abhängig davon, dass Banken und andere Finanzintermediäre, welche Offshorestrukturen und die dazugehörigen Konten verwalten, fähig und bereit sind, ihre Geldwäscherei-Sorgfaltspflichten ordnungsgemäss zu erfüllen. Tun sie es nicht, ist die Folge ein Klima der Straflosigkeit. Doch was die Kooperationsbereitschaft dieser Akteure betrifft, sind Zweifel angebracht.

Appleby brüstet sich, sehr hohe Compliance-Standards einzuhalten. Doch die Dokumente des ICIJ zeigen, dass die Kanzlei 2014 von den Finanzaufsichtsbehörden der Bahamas dafür gerügt wurde, die wirtschaftlichen Hintergründe der von ihr durchgeführten Transaktionen in 46 Prozent aller Fälle nicht dokumentiert zu haben. Dies wäre das A und O der Sorgfaltspflichten von Finanzintermediären.

Zeit, zu handeln

Nach einer Woche der Enthüllungen rund um die Paradise Papers hat Bundesrätin Simonetta Sommaruga den Ton etwas verschärft: «Wenn es die Wirtschaft nicht schafft, sich an ihre eigenen Vorgaben zu halten, dann braucht es staatliche Regeln», sagte sie in der Sonntagszeitung. Diese Änderung im Tonfall ist bei den Rohstoffhandelsunternehmen kaum gut angekommen. Bei



der Rohstofflobby Swiss Trading and Shipping Association (STSA) pocht man weiter auf die Bedeutung des Sektors für die Schweiz und ihren Arbeitsmarkt. Und was ist mit den zwielichtigen Methoden, die ans Licht gebracht wurden? Kein Grund zur Sorge: «Der Sektor hat diese Probleme bereits vor fünf Jahren angegangen», sagte STSA-Generalsekretär Stéphane Graber in der RTS-Sendung Infrarouge. Die Branche hat also lediglich ein Kommunikationsproblem...

Tatsache jedoch ist: In der Schweiz hat man heute mehr Reglementierungen zu beachten, wenn man ein Restaurant eröffnet, als wenn man mit Rohstoffen handeln will. Jeder Neueinsteiger, jede Neueinsteigerin kann ein Handelsunternehmen gründen und Geschäfte machen, wie er oder sie es für richtig hält. Für die Bevölkerungen der Herkunftsländer von Rohstoffen ist es aber entscheidend, dass ihre begrenzten Ressourcen verantwortungsvoll gehandelt werden. Rohstoffe sind eine einmalige und oft die einzige Chance für diese Staaten. Doch mit dem immer gleichen Argument, die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft wahren zu wollen, haben sich die Schweizer Behörden bisher beharrlich geweigert, den Handelssektor zu regulieren. Und sie betonen, jede Art von sektorspezifischen Regeln widerspreche der hierzulande verfolgten Regulierungs-Philosophie. Das Argument ist scheinheilig: Genauso wie die Gastronomie oder die Land-

wirtschaft unterliegt auch der Bankensektor spezifischen Regulierungen – und dies seit mehr als 80 Jahren.

Echter politischer Wille fehlt

Im Jahr 2014 hat Public Eye mit der Schaffung der fiktiven Rohstoffmarktaufsichtsbehörde ROHMA (www.rohma.ch) erstmals skizziert, wie eine mögliche Regulierung des Rohstoffsektors aussehen könnte. Diese müsste unter anderem dafür sorgen, dass Schweizer Unternehmen sich an Sorgfaltspflichten halten und sicherstellen, dass sie keine Rohstoffe vermarkten, die zum Nachteil des Herkunftsstaates erworben oder unter Verletzung der Menschenrechte und durch Zerstörung der Umwelt gewonnen wurden. Und sie müsste verhindern, dass Unternehmen riskante Geschäftsbeziehungen eingehen, ohne vorher die notwendigen Überprüfungen durchgeführt zu haben.

Würde die Schweiz als führende Handelsnation der Welt klare Regeln für solche Unternehmen erlassen, deren Anwendung überwachen und diejenigen sanktionieren, die die Regeln verletzen, und würde sie sich gleichzeitig international dafür einsetzen, dass andere Handelsplätze diesem Beispiel folgen, dann kämen Konstrukte, wie sie die «Paradise Papers» ans Licht gebracht haben, viel seltener vor und könnten leichter erkannt werden. Ohne echten politischen Willen aber bleibt der Rohstoffhandel das gefährlichste Geschäft der Schweiz.

Ein Mann im typischen Business-Outfit der Bermudas passiert die Räumlichkeiten von Appleby – der Kanzlei, die im Mittelpunkt der Paradise Papers steht.



Steuroptimierung à la Paradise Papers auch in der Schweiz

Die Besteuerung von multinationalen Unternehmen steht in der Schweiz auch nach der abgelehnten Unternehmenssteuerreform III auf der politischen Agenda. Der Bundesrat schlägt dabei Optimierungswerkzeuge vor, die auf der gleichen Logik basieren wie die von den Paradise Papers aufgedeckten Tricks auf den Bermudas, der Isle of Man oder den Cayman Islands. Mit diesen skandalösen Praktiken werden den Staatshaushalten dringend benötigte Mittel entzogen.

OLIVIER LONGCHAMP

Die Paradise Papers haben einen wahren Katalog von juristischen Tipps und Tricks aufgezeigt, mit denen die Steuerlast «optimiert» werden kann, indem man Gesetzeslücken ausnützt. Lücken, dank denen zum Beispiel der Formel-1-Fahrer Lewis Hamilton seinen privaten Jet (Wert: 21 Millionen Franken) an eine Offshore-Gesellschaft vermieten kann, die ihm selbst gehört, um so keine Mehrwertsteuer zahlen zu müssen. Oder durch die Nike Gewinne in eine niederländische Kommanditgesellschaft verschieben kann, wo diese nicht besteuert werden. Die Paradise Papers enthüllen ein ähnliches Arrangement, mit

dem Facebook seine Gewinne auf die Kaimaninseln überträgt, sie zeigen Apples Steuerschlupfloch in Jersey oder wie der amerikanische Haushaltsgerätegigant Whirlpool in Bermuda oder Luxemburg seine Steuern optimiert.

Zu den Unternehmen, die in den Papers besonders prominent vorkommen, gehört Glencore, das Flaggschiff des Schweizer Rohstoffhandels: Dessen aggressive Steueroptimierungspraktiken in Australien, Kolumbien oder auch Burkina Faso werden bestens dokumentiert. In Burkina Faso, einem der ärmsten Länder der Welt und ein Schwerpunktland der schweizerischen Entwicklungs-

Von den idyllischen Bermudainseln aus werden die kompliziertesten Finanzkonstrukte errichtet.



zusammenarbeit, hat das Zuger Unternehmen im Jahr 2016 seine Steuerrechnung um fast 28 Millionen Dollar vermindert – und zankt sich mit der Steuerbehörde des Landes immer noch um die verbleibenden 1,5 Millionen Dollar, die diese von Glencore fordert. Die Steuern, die das Unternehmen in Burkina Faso einspart, machen ein Mehrfaches der jährlichen Beträge aus, die die Schweiz im Rahmen der Entwicklungshilfe an das Land zahlt.

Eine Welt für sich

Abgesehen von der Frage, ob solche Konstrukte legal sind – eines der Hauptargumente der Bataillone von Anwältinnen und Anwälten, die diese austüfteln – geben die Paradise Papers den Blick auf eine Welt frei, die nach eigenen Gesetzen funktioniert. Eine Welt, in der sich ein begrenzter Kreis von Unternehmen und Einzelpersonen aufgrund ihres Reichtums oder ihrer Macht so eingerichtet hat, dass Regulierungen für sie nur begrenzt gelten, dass sie Vorteile genießen, die für die überwiegende Mehrheit der Steuerzahlenden oder KMUs unerreichbar sind und dass sie weitgehend davon entbunden sind, ihren Beitrag ans Gemeinwohl zu leisten.

Ein erlauchter Kreis von Individuen hat sich die Möglichkeit verschafft, sich dem Geiste der Steuergesetze zu entziehen, während diese formell eingehalten werden. Die Enthüllung solcher – vielleicht legaler, aber niemals legitimer – Praktiken muss zu einer politischen

Ein erlauchter Kreis von Individuen hat sich die Möglichkeit verschafft, sich dem Geiste der Steuergesetze zu entziehen, während diese formell eingehalten werden.

Debatte führen: mit dem Ziel, dass die Gesetze in einer Weise angepasst werden, die dem unglaublichen Anstieg von Offshore-Tätigkeiten in den letzten zwei Jahrzehnten Rechnung trägt. Das Funktionieren unserer Demokratien baut weitgehend darauf auf, dass die Bürgerinnen und Bürger darauf vertrauen können, dass die Gesetze gerecht sind und für alle gelten. Die legale Steuervermeidung untergräbt dieses Vertrauen.

Bescheidene Resonanz

In der Schweiz war die Resonanz auf die mit den Paradise Papers publik gewordenen Steuertricks bescheiden. Die Verteidigerinnen und Verteidiger des Schweizer Finanzplatzes haben sich sogar die Hände gerieben, als sie gesehen haben, dass die Enthüllungen hauptsächlich den englischsprachigen Rechtsraum betreffen. Da die genialen Tüftlerinnen und Tüftler der Appleby-Kanzlei – die den

Ruf genießt, der Rolls-Royce unter den Steuerberatungsinstituten zu sein – offenbar lieber dort ihre komplexen Steuergebilde aufsetzen, lässt es sich von der Schweiz ablenken. Doch dass das Schweizerische Steuersystem diesmal vom Internationalen Netzwerk Investigativer Journalisten (ICIJ) verschont geblieben ist, bedeutet keineswegs, dass die Schweiz vorbildlich agiert. Im Gegenteil, die Philosophie der Steuerpolitik der Schweiz folgt genau dem Paradigma, Nischen für Optimierungen zu schaffen, solange diese den internationalen Standards entsprechen.

Geschenke für die Multis

Das zeigt die Debatte um die Steuervorlage 17, die die abgelehnte Unternehmenssteuerreform III ersetzen soll. Instrumente wie der «fiktive Zinsabzug», die «Patentbox» oder «Steuererleichterungen auf Kapital» sollen es multinationalen Konzernen ermöglichen, Steuern zu optimieren – natürlich immer mit dem Argument, dass damit die «Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Schweiz» gestärkt werde. Unsere Behörden bieten nur zu gerne Hand für diese von der Lobby der Konzerne vorangetriebenen Pläne. Wie viele Skandale sind wohl noch nötig, damit sich dies endlich ändert?



Oben: Steuerexperte Olivier Longchamp im französischen Fernsehen. Unten: Jets im Steuerhafen Isle of Man.





Die Chronistin der Wachhunde

Von Watergate bis zu den Paradise Papers: Anya Schiffrin kennt alle relevanten Akteurinnen und Akteure und jede Praktik des investigativen Journalismus. Der Skandal um Nestlés Babymilch in den Siebzigerjahren half dabei, die renommierte New Yorker Professorin als Jurymitglied für unseren Investigation Award zu gewinnen, mit dem wir zu unserem 50-Jahr-Jubiläum journalistische Recherchen fördern.

Meine Mailkontakte mit ihr datieren zurück ins Jahr 2006, als ich erstmals versuchte, ihren Ehemann als Gastredner für unsere Gegenveranstaltung zum Weltwirtschaftsforum zu gewinnen. Dieser heisst Joseph Stiglitz, ist Wirtschaftsnobelpreisträger und ein intellektueller Rockstar der Globalisierungskritik. Anya Schiffrin verwaltete damals seine Agenda und versuchte sogar, einen Termin bei der Afrikanischen Entwicklungsbank zu verschieben, um ihn rechtzeitig nach Davos zu bringen – umsonst. Geklappt mit Stiglitz' Auftritt in Davos hat es 2012 doch noch. Als ich Schiffrin dann vor zwei Monaten anfragte, ob sie sich als Mitglied der Jury für unseren «Investigation Award» zur Verfügung stellen möchte, begann ich mein Mail mit den Worten: «This time it's all about you, not Joe.»

Kaum jemand ist besser vernetzt

Die Charmeoffensive wirkte, und wir verabredeten uns auf einen Kaffee am Rande der «Global Investigative Journalism Conference», die Mitte November im südafrikanischen Johannesburg über die Bühne ging. Schiffrin bewegte sich wie ein Fisch im Wasser zwischen den aus 130 Ländern angereisten Reporterinnen und Rechercheuren. Küsschen hier, Umarmung dort: Wo immer auf dem Konferenzgelände sich die Journalismus-Professorin Schiffrin blicken liess, traf sie alte Bekannte. Oder machte mit ihrer gewinnenden Art neue. Kurz: In dieser Szene ist kaum jemand besser vernetzt als die 55-jährige US-Amerikanerin, die vor ihrer akademischen Karriere – unter viel anderem – als Korrespondentin für die Nachrichtenagentur Reuters in Spanien, als Bürochefin vom Wall Street Journal in Holland und Vietnam und zuletzt als freie Wirtschaftskolumnistin tätig war.

«Etwas zurückgeben»

Durch ihren Mann, den sie vor 15 Jahren «beim folgenschwersten Interview meines Lebens» kennenlernte, hat sie nicht nur etliche weitere illustre Kontakte gewonnen, sondern auch Einsicht erhalten in die Machtgefüge der Staaten und supranationalen Institutionen, die der Ex-Chefökonom der Weltbank heute berät. Wie Stiglitz hat auch Schiffrin einen Lehrstuhl an der renommierten Columbia University in New York inne, wo sie an der «School of International and Public Affairs» unterrichtet. «Ich bin mir meiner vielen Privilegien sehr bewusst und arbeite hart daran, etwas davon zurück-

zugeben», sagte Schiffrin ganz ohne zu kokettieren, aber auch ohne falsche Bescheidenheit.

«Nie notwendiger als heute»

Ihr bislang grösstes Projekt ist der inzwischen zum Standardwerk avancierte Sammelband «Global Muckraking: 100 Years of Investigative Journalism from Around the World», den sie 2015 in Privatinitiative und mit eigenen Mitteln herausgegeben hat. Das Buch umspannt alle fünf Kontinente und versammelt 47 Recherche-Geschichten, die ihrerseits Geschichte geschrieben haben: Die erste Reportage von Ken Saro-Wiwa etwa über das von Staatsgewalt und Ölkonzernen gepeinigte Ogoni-Volk im Niger-Delta oder Gareth Jones' sagenhaften Bericht von der ukrainischen Hungersnot Anfang der Dreissigerjahre. «Ich liebe Journalismus, der uns Aufklärung, Inspiration und manchmal auch reale Veränderung bringt. Und wenigstens ein paar Opfer von Macht und Willkür vor dem Vergessen bewahrt.» Solche Sätze sagt Schiffrin mit Nachdruck, aber ohne Pa-

«Ich liebe Journalismus, der uns Aufklärung, Inspiration und manchmal auch reale Veränderung bringt. Und wenigstens ein paar Opfer von Macht und Willkür vor dem Vergessen bewahrt.»

thos. Entdeckt hat sie ihr Faible für Handwerk und Haltung der «Muckraker» (wörtlich «Schmutz-aufwühler», aber zumeist als «Nestbeschmutzer» übersetzt) in ihren Auslandsjahren als politisch engagierte Korrespondentin. Als Professorin versteht sie sich nun als Chronistin und Förderin dieser «Wachhunde unserer Demokratie, deren Arbeit nie notwendiger war als heute».

«Ihr wart das!»

«Global Muckraking» dokumentiert auch den vom Guardian 1975 enthüllten Babymilchskandal. Als ich dezent auf die zentrale Rolle hinwies, die Public Eye – damals natürlich noch als Erklärung von Bern – bei der auf diesen Primeur folgenden Kampagne gespielt hat, verschüttete Schiffrin fast ihren zweiten doppelten Espresso: «Aha, ihr wart das!», rief sie erstaunt. «Nestlé tötet Babies» war ja eine Art Watergate der Konzernkritik. Ein Game Changer wie später nur noch die Kampagne gegen die Sweat Shops von Nike.» Autor

der ersten Studie wie auch des ersten Medienartikels zum Nestlé-Skandal war Mike Muller, damals Mitarbeiter des britischen Hilfswerks «War on Want» – also eher Aktivist als Journalist. «Deshalb ist diese Geschichte auch exemplarisch für die wechselseitige Abhängigkeit von NGOs und investigativen Medien», meinte Schiffrin, während sie einem der Autoren der Paradise Papers zuwinkte.

Schiffrins aktivistische Ader

Dass sie selbst auch eine aktivistische Ader hat, zeigt sich in ihren Beratungsmandaten für die einflussreiche Open Society Foundation von George Soros oder das aufs Roh-

stoffthema spezialisierte Natural Resource Governance Institute (NRGI), mit dem Public Eye häufig eng kooperiert. Nach dem Davoser Auftritt ihres Mannes und dem historischen Nestlé-Fall gibt es mit der NRGI-Connection also drei Berührungspunkte zwischen Schiffrin und Public Eye. Als ich diese mit Erstaunen nochmals aufzählte und in die Frage münden liess, ob sie trotz ihrer vielen Engagements eventuell bereit wäre, bei der Jury für unseren «Investigation Award» mitzumachen, erntete ich zuerst ein breites Grinsen und dann ein enthusiastisches «of course, that would be a privilege and a pleasure!». Ein Privileg und eine Freude – auch für uns!

Nerds, Netzwerke und Non-Profits

An der Konferenz für globalen Investigativjournalismus in Südafrika ging es primär um die Finanzierung und Wirkung von journalistischen Recherchen, aber auch um Analogien mit ähnlich arbeitenden NGOs.

Über 1200 Recherche-Profis aus 130 Ländern kamen Mitte November in Johannesburg zusammen, um sich an der zehnten «Global Investigative Journalism Conference» drei Tage lang über die neusten Techniken und Trends ihrer Zunft auszutauschen. Darunter waren gut zwei Dutzend Abgesandte von NGOs wie Greenpeace, Human Rights Watch oder Public Eye. Diese Rekordteilnahme freut Frederik Obermaier, sie kommt für den Reporter der Süddeutschen Zeitung und «Mister Paradise Papers» aber auch «nicht ganz überraschend». Wie schon bei den Panama Papers war es auch beim jüngsten Leak wieder Obermaier, dem die brisanten Dokumente von einer anonymen Quelle zugespielt wurden. «Wegen solch mutiger Whistleblower, aber auch dank digitaler Analyse und web-basierter Vernetzung hat unsere Arbeit deutlich an Schlagkraft gewonnen und generiert folglich auch mehr Schlagzeilen», meint er.

Recherche in Grauzonen

Obermaier ist bekennender Daten-Nerd und Mitglied des International Consortium of Investigative Journalists (ICIJ), das die Monster-Recherchen um die Paradise Papers von Washington aus koordiniert hat. Wie viele andere der weltweit schon 150 journalistischen Nonprofit-Organisationen profitiert auch das ICIJ vom stark gestiegenen Interesse privater Stiftungen und Mäzene an «demokratie-relevanten Recherchen in den wachsenden Grauzonen

zwischen Politik und Wirtschaft». In dieser Arbeitsbeschreibung von ICIJ-Direktor Gerald Ryle haben sich auch die meisten anwesenden Vertreterinnen und Vertreter von NGOs wiedererkannt. Doch obwohl sie derzeit reichlicher als auch schon fliessen, bleiben die Mittel in dieser Boom-Branche knapp und hart umkämpft. Kein Wunder, widmeten sich viele der über 100 hochkarätigen Vorträge und Podien der Finanzierung einzelner Projekte oder ganzer Organisationen. Üppig und exquisit waren aber auch die Workshops zu den handwerklichen «Tricks of the Trade». Das Angebot reichte hier von «Suchen jenseits von Google» über «Die Spur von Menschen- und Waffenhändlern» bis zum «Einsatz von Drohnen und Satelliten».

«Die Mächtigen kontrollieren»

Viel zu reden gab auch die – offenbar nicht nur bei NGOs – so schwierige wie unbeliebte Wirkungsmessung: Grossgönner von Investigativ-Projekten möchten möglichst konkrete Resultate für ihre häufig millionenschweren Investitionen sehen. Laut einer Umfrage des «Bureau of Investigative Journalism» in London wird die journalistische Enthüllung von Missständen von Meinungsführerinnen und -führern tatsächlich für politisch wirkungsvoller gehalten als etwa offizielle Wahlen oder professionelles Lobbying. Solche Einschätzungen hören die unter ständigem Legitimationsdruck stehenden «Nestbeschmutzer» natürlich gerne. Während Stiftungen betonten, der ideelle «Return on Investment» philanthropischer Financiers bestehe in gesellschaftlichem Wandel, gab Ryle zu Bedenken: «Unser Job ist es, die Mächtigen dieser Welt zu kontrollieren und nicht den Erfolg unserer eigenen Arbeit zu dokumentieren.»

Public Eye Investigation Award

Jury steht – Einsendeschluss naht

Anlässlich unseres 50-jährigen Bestehens in diesem Jahr haben wir den «Public Eye Investigation Award» ausgeschrieben. Mit 20 000 Franken wollen wir eine oder maximal zwei journalistische Recherchen fördern, die einen Missstand in einem Entwicklungs- oder Schwellenland untersuchen, der einen direkten Bezug zur Schweiz hat. **Noch bis am 31. Januar** können Journalistinnen, Mitarbeitende von NGOs oder auch Wissenschaftler Anträge für Projekte einreichen. Eine siebenköpfige Jury wird die Bewerbungen im Februar bewerten. Neben drei Mitarbeitenden von Public Eye werden vier bekannte Persönlichkeiten aus der Medienwelt darin Einsitz nehmen. Wir freuen uns sehr, neben **Anya Schiffrin** folgende drei Journalisten in unserer Jury willkommen zu heissen:

Fabrice Arfi ist Recherche-Verantwortlicher bei der unabhängigen französischen Onlinezeitung Mediapart. Zuvor war er Reporter beim Lyon Figaro und bei 20 Minutes und schrieb auch für die Nachrichtenagentur AFP, für Le Monde oder für die satirische Wochenzeitung Canard enchaîné. Seine Recherchen für Mediapart – etwa zur Finanzierung von Nicolas Sarkozys Präsidentschaftskampagne 2007 durch Libyen oder zu den nicht deklarierten Schweizer Konten des ehemaligen Ministers Jérôme Cahuzac – haben mächtig Staub aufgewirbelt und sind in mehreren Büchern nachzulesen, die Fabrice Arfi dazu verfasst hat.

Der Australier **Will Fitzgibbon** arbeitet seit 2014 als «senior reporter» für das International Consortium for Investigative Journalism (ICIJ). Er koordiniert dort als Leiter des «Africa Desks» die Zusammenarbeit mit ICIJ-Partnern aus Afrika und dem Nahen Osten. Vorher war er in London für das «Bureau of Investigative Journalism» tätig, seine Arbeiten erschienen unter anderem im Guardian und im Observer. Nach einem Bachelor in Recht in Australien hat er an der «London School of Economics» ein Masterstudium absolviert.

Oliver Zihlmann ist Co-Leiter des in Bern beheimateten nationalen Recherche-Desk von Tamedia (u. a. Tages-Anzeiger, Sonntagszeitung, Le Matin Dimanche, Tribune de Genève). Der promovierte Historiker ist Mitglied des ICIJ und leitete die Schweizer Projektteams zu Swiss-Leaks, Panama Papers und zuletzt Paradise Papers. Zuvor arbeitete er beim Schweizer Fernsehen sowie als Korrespondent in Berlin und schrieb das politische Sachbuch «Der Fall Borer».

Erfahren Sie mehr unter: www.publiceye.ch/50



© Mark Abramson



© M. Bureau/afp/Getty



© zvg



© S. Leccoag/ap/Keystone

V.o.n.u. Anya Schiffrin, Fabrice Arfi, Will Fitzgibbon und Oliver Zihlmann (links).

«Ich will den Diskurs in eine neue Richtung lenken»

Die Soziologin Oksana Dutchak hat für die Clean Clothes Campaign Fabrikangestellte interviewt, die in der Ukraine zu miserablen Löhnen für bekannte Marken Kleider nähen. Nun will sie die recherchierten Fakten ins öffentliche Bewusstsein bringen.

INTERVIEW: DAVID HACHFELD

Oksana, wusstest du schon immer, dass in der Ukraine Kleider und Schuhe für internationale Marken hergestellt werden?

Nicht wirklich, muss ich sagen. Ehrlich gesagt, habe ich mich das wohl auch gar nie gefragt. Klar, ich habe Naomi Klein gelesen (Anm.: Die kanadische Journalistin wurde im Jahr 2000 mit «No Logo», ihrem Werk zu den Marketingmachenschaften multinationaler Konzerne, weltberühmt), ich wusste natürlich um die grundsätzliche Problematik, aber für mich war das etwas, das weit weg stattfindet, in Asien ...

... und nicht in der Ukraine. Du kanntest also auch niemanden, der in einer Fabrik arbeitet?

Bis ich zu recherchieren begann nicht, nein. Und auch in der ukrainischen Öffentlichkeit findet das Thema kaum

statt. Als ich im Internet nach Informationen suchte, fand ich zwar den einen oder anderen Artikel, aber das sind in erster Linie sehr positiv konnotierte Nachrichten, etwa, dass eine Marke wegen unserer günstigen Arbeitskräfte in der Ukraine investiert habe. Nach Informationen über die Bedingungen, unter denen diese günstigen Arbeitskräfte arbeiten, und was das für sie bedeutet, sucht man vergebens.

Ein Drittel der von euch Befragten verdient ohne Überstunden nicht einmal den gesetzlichen Mindestlohn, der bei gerade einmal 89 Euro pro Monat liegt. Wie schaffen es diese Menschen überhaupt, zu überleben?

Sie sparen überall, wo sie können. Sie essen sehr einfach, versorgen sich von ihren eigenen Feldern. Sie kaufen billige, gebrauchte Kleider und Schuhe. Und etwa die Hälfte

von ihnen erhält staatliche Unterstützung, zum Beispiel für die Heizkosten. Der Staat subventioniert das Überleben dieser Leute, die Vollzeit für bekannte Marken arbeiten.

Setzen sich die Arbeitenden, die du interviewt hast, aktiv für eine Verbesserung ihrer Situation ein?

Die Wenigsten. Wir sprachen mit zwei Frauen, die versucht hatten, in ihrer Fabrik eine unabhängige Gewerkschaft aufzubauen. Sie wurden gefeuert. Die meisten Arbeitenden wagen es höchstens, kleine Verbesserungen zu fordern, mehr Licht am Arbeitsplatz etwa oder solche Dinge. Würden sie grundsätzlichere, substanziellere Forderungen stellen, wäre die Antwort ganz einfach: «Die Tür ist dort drüben, du kannst jederzeit gehen. Niemand zwingt dich, hier zu bleiben.»

Wenn du die Realitäten in ukrainischen Fabriken mit jenen vergleichst, die deine Kolleginnen in Ländern wie Serbien oder Ungarn recherchiert haben: Gibt es da grosse Differenzen, oder zeigt sich überall ein ähnliches Bild?

Wenn man sich ansieht, wie viel die Menschen in den Fabriken verdienen und wie viel sie eigentlich benötigen, um über die Runden zu kommen, zeigt sich in allen Ländern ein ähnliches Missverhältnis. Aber natürlich hat jedes Land seine eigene Geschichte. In der Ukraine hatten wir ab 2014 eine harte ökonomische Krise, und die Löhne wurden sehr stark abgewertet. Die liberalen Sparmassnahmen der Regierung in der Krise bestanden unter anderem darin, dass die Mindestlöhne für zwei Jahre eingefroren wurden, während die Inflation stets weiter fortschritt. 2017 wurde der Mindestlohn zwar erhöht, doch das konnte die Inflation nicht annähernd ausgleichen.

Bei uns war die Ukraine in den letzten Jahren in erster Linie wegen der Kriegshandlungen im Osten des Landes in den Medien. Haben diese einen Einfluss auf die Arbeitsrealitäten in den Fabriken?

Indirekt schon, denn die ökonomische Krise hat natürlich auch mit den Kriegshandlungen zu tun. Und unter den Angestellten in den Fabriken gibt es Menschen, die durch den Krieg vertrieben wurden. Anders als die meisten Einheimischen, die aus der Sowjetzeit ihre eigenen Häuser besitzen, müssen sie die Miete für eine Wohnung bezahlen und sind so noch eher bereit, für derart tiefe Löhne zu arbeiten. Manche Fabriken werben diese Leute gezielt an.

Als ihr eure Erkenntnisse in der Ukraine präsentiert habt, wurde in den Medien darüber berichtet. Es scheint also ein Interesse für das Thema zu bestehen. Gab es auch Reaktionen aus der Politik?

Nein, bis jetzt nicht. Die ukrainische Politik ist eine spezielle Angelegenheit. In erster Linie ist sie ein steter Wahl-

kampf. Und seit der Krise hat sich die ganze politische Landschaft nach rechts verschoben. Linke Gruppierungen und Bewegungen werden zunehmend marginalisiert.

Siehst du deine Arbeit als Rechercheurin auch als eine Form von politischem Aktivismus?

Ja, ganz klar. Momentan gibt es in der Ukraine nur wenige und nicht sehr mächtige Akteurinnen oder Akteure, mit denen wir uns für die Rechte der Arbeitenden einsetzen könnten. Wir hoffen, das wird sich ändern. Unsere

«Würden die Arbeitenden substanzielle Forderungen stellen, wäre die Antwort ganz einfach: «Die Tür ist dort drüben, du kannst jederzeit gehen. Niemand zwingt dich, hier zu bleiben.» »

Botschaften stehen dem herrschenden politischen und ökonomischen Diskurs in unserem Land entgegen. Eines meiner persönlichen Hauptziele ist es, diesen Diskurs wenn möglich etwas in eine neue Richtung zu lenken. Und der Politik und der Bevölkerung aufzuzeigen, wie dringend es ist, dass die Löhne angehoben werden.

In eurem Bericht verlangt ihr von den Modemarken, den Angestellten einen Existenzlohn zu bezahlen. Gemäss euren Berechnungen würde der bei monatlich



Zur Person: Oksana Dutchak ist 1987 geboren, hat Soziologie und Sozialanthropologie studiert und arbeitet heute als unabhängige Rechercheurin in Kiew. Zusammen mit zwei weiteren Personen hat sie im Februar und März 2017 für die Clean Clothes Campaign über dreissig Interviews mit Arbeitenden aus vier ukrainischen Textilfabriken geführt.



Der Strom frisst den Lohn – Studien zur Ukraine, zu Serbien und Ungarn

Seit mehreren Jahren weist die Clean Clothes Campaign, die in der Schweiz durch Public Eye koordiniert wird, darauf hin: «**Made in Europe**» – das bedeutet keineswegs, dass Kleider oder Schuhe unter fairen Bedingungen hergestellt werden. Das zeigen auch drei im November 2017 veröffentlichte Berichte: In **Ungarn, Serbien und der Ukraine** wurden insgesamt über hundert Arbeiterinnen und Arbeiter befragt – ausserhalb der Fabriken, wo sie nichts zu befürchten hatten, wenn sie anonym aussagten. Dennoch zogen es viele der Angefragten vor, zu schweigen. Zu gross war die Angst, den oft alternativlosen Job aufs Spiel zu setzen.

In der Ukraine arbeiten schätzungsweise **220 000 Arbeiterinnen und Arbeiter** formell oder informell in Kleider- und Schuhfabriken – für Marken wie **Adidas, Esprit, Hugo Boss oder s.Oliver**. Das Hauptabnehmerland ist Deutschland – über ein Drittel aller Kleider «Made in Ukraine» landen dort. Der gesetzliche Mindestlohn in der Ukraine betrug Anfang 2017 **89 Euro pro Monat**. Im Schnitt verdienten die befragten ukrainischen Arbeiterinnen und Arbeiter 96 Euro monatlich, manche kommen ohne Überstunden nicht einmal auf den gesetzlichen Mindestlohn.

Der **Schweizer Unterwäschehersteller Triumph** etwa lässt seit Jahren in einer Fabrik in der Ukraine fertigen, in der laut den Erhebungen der Clean Clothes Campaign gut die Hälfte der Angestellten den **Mindestlohn in der regulären Arbeitszeit nicht erreicht**. Eine der Befragten erzählte: «Meine Familie muss **für Elektrizität und Wasser monatlich 86 Euro bezahlen**.» Das ist fast ein gesamter Mindestlohn. Eine andere sagte den Befragenden: «Es gibt Zeiten, in denen wir nichts zu essen haben.»

Ein Existenzlohn, mit dem die Grundbedürfnisse einer Familie gedeckt werden könnte, müsste in der Ukraine bei 477 Euro liegen – das ist über **fünf Mal mehr** als der gegenwärtige Mindestlohn. Ähnlich stellen sich die Verhältnisse für die Frauen und Männer dar, die in den Kleider- und Schuhfabriken Serbiens oder Ungarns arbeiten: Ihre Löhne müssten **drei bis sechs Mal** so hoch sein, um die Existenz der Arbeitenden und die ihrer Familie zu sichern. Die tiefen Löhne sind für die meisten Befragten das gravierendste Problem. Viele von ihnen beklagen zudem die in den Sommermonaten **kaum auszuhaltende Hitze** in den Produktionsstätten. «Die Klimaanlage werden sie erst einschalten, wenn wir vor unseren Maschinen tot umfallen», sagte eine Arbeiterin in Serbien.

477 Euro liegen, mehr als dem Fünffachen des aktuellen Mindestlohns. Ist das nicht illusorisch?

Wir finden: Die Marken stehen in der Verantwortung, Löhne zu bezahlen, die zum Leben reichen. Und unsere Forderung soll ja auch aufzeigen, wie gross die Diskrepanz ist zwischen dem, was die Arbeitenden erhalten, und dem, was sie eigentlich benötigen. Es liegt definitiv in der Macht der Marken, zumindest in diese Richtung zu gehen, Schritt für Schritt. Denn sie erwirtschaften ja sehr ansehnliche Gewinne mit diesem System.

Du siehst die globalen Modemarken als Hauptverantwortliche. Aber stehen wir als Konsumierende nicht genauso in der Verantwortung?

Wir haben nicht dieselben Möglichkeiten. Konsumentinnen und Konsumenten können Druck auf Marken ausüben, damit diese reagieren, was sie manchmal auch tun – wenn auch nicht, weil sie ein grosses soziales Verantwortungsbewusstsein haben, sondern vielmehr, weil sie Risiken abwägen. Aber ich bin skeptisch, ob auf diese Weise ein struktureller Wandel bewirkt werden kann. Dafür sind, denke ich, internationale, rechtlich bindende Vereinbarungen nötig. Aber diese zu erarbeiten, ist ein komplizierter, langwieriger Prozess.

In der Schweiz wird bald über die Konzernverantwortungsinitiative abgestimmt, mit der die UNO-Leitlinien für Wirtschaft und Menschenrechte verbindlich im Schweizer Recht verankert werden sollen.

Das geht in die richtige Richtung. Die UN-Leitlinien gehören zu den fortschrittlichsten internationalen Richtlinien, und diese auf nationaler Ebene zu verankern, ist sicher eher realisierbar als auf internationaler.

Glaubst du denn daran, dass sich die Bedingungen etwa in Kleiderfabriken überhaupt grundsätzlich verändern lassen?

Lange Zeit haben die internationalen Konzerne schlicht abgestritten, dass sie irgendeine Verantwortung dafür tragen, was in ihren Zulieferbetrieben geschieht. Nun räumen sie dies immer stärker ein. Aber meist beschränken sie sich darauf, hier oder da einen Missstand zu beseitigen, während anderenorts ein neuer entsteht. Ich weiss, dass es Marken gibt, die anders zu produzieren versuchen, solidarischer, ressourcenschonender. In unserem gegenwärtigen, auf Profitmaximierung ausgerichteten Wirtschaftssystem ist dies aber wohl nur in Nischen möglich. Doch auch der Kapitalismus ist nicht auf einem unbeschriebenen Blatt entworfen worden. Auch er entstand aus einzelnen Nischen, die sich irgendwann zu einem System verdichteten. Und vielleicht wird auch die heutige Form des Kapitalismus irgendwann von einem System abgelöst, das sich aus all den Nischen zusammensetzt, die derzeit entstehen.

140 türkische Fabrikarbeitende nehmen Marken in die Pflicht

In einer Fabrik in Istanbul schneiderten über 150 Frauen und Männer Kleider für Zara, Mango und Next – bis ihr Chef verschwand. Nun will niemand für die ihnen zustehenden Löhne aufkommen. Doch die Unterstützung für ihren Kampf ist gross.

Es war im Sommer 2016, als in Istanbul 140 Textilarbeiterinnen und -arbeiter vom einen Tag auf den anderen ihren Job verloren. Gearbeitet hatten sie bei Bravo, einer Fabrik, die Kleider herstellte für die spanischen Marken Zara und Mango und die britische Modekette Next. Ab Anfang 2016 erhielten sie ihren Lohn mit immer grösserer Verspätung. Ende Juli dann nahm der Chef der Fabrik über Nacht Reissaus, die Maschinen wurden konfisziert, die Arbeitenden standen auf der Strasse.

Ein Jahr verhandelt

Seither kämpfen sie um je drei Monatslöhne und die Abfindungszahlungen, die ihnen zustehen. Sie verlangen von den drei Marken, für die sie nähten, sie zu entschädigen. Drei Viertel der Produktion in der Bravo-Fabrik war für Zara bestimmt, die Kette, die mit Amancio Ortega einem der reichsten Menschen der Welt gehört. Doch Zara ist bislang ebenso wenig bereit, für die Verdienstauffälle aufzukommen, wie Mango oder Next. Nach mehr als einem Jahr Verhandlungen haben die drei Marken gerade einmal angeboten, weniger als ein Drittel des geschuldeten Geldes bereitzustellen.

300 000 finden: So nicht!

Für die Ex-Arbeiterinnen und -arbeiter ist das inakzeptabel. Mit Unterstützung der Clean Clothes Campaign machten sie sich deshalb auf zu Zara-Filialen in Istanbul, langten in die Regale und versahen die Kleider mit Botschaften. Auf einem der Zettel stand etwa: «Ich habe den Artikel, den Sie kaufen wollen, hergestellt, aber wurde nicht dafür bezahlt.» Zeitungen aus verschiedensten Ländern berichteten über die Aktion. Zudem lancierten die Ex-Arbeiterinnen und -Arbeiter eine Petition, in der die Marken dazu aufgerufen werden, die den Angestellten zustehenden Löhne zu bezahlen. Mit überwältigendem Erfolg. Beinahe 300 000 Personen haben das Anliegen online bereits unterschrieben. Ob sich die drei Marken von dieser gewaltigen Zahl überzeugen lassen, einen Minibruchteil ihrer Verkaufserlöse an einige von jenen abzutreten, die ihre Kleider herstellen?



Giftige Doppelmoral

Im November hat Syngenta eine einflussreiche Gruppe von brasilianischen Parlamentarierinnen und Parlamentariern in die Schweiz eingeladen. Das Ziel: Werbung machen für gesundheitsschädigende, hierzulande zum Teil längst verbotene Pestizide. Der geplante Besuch der Delegation bei den Schweizer Behörden wurde jedoch in letzter Minute abgesagt – weil Public Eye und Multiwatch die Reisegruppe in Bern abpassten, um gegen die Unterstützung der Schweiz für die Lobbyarbeit des Baslers Multis zu protestieren.

LAURENT GABERELL

Es ist neblig in Bern an diesem Morgen im November, als kurz nach neun Uhr ein Minibus mit getönten Scheiben in die Einsteinstrasse einbiegt und vor der Hausnummer 2 anhält. Im Bus sitzen acht brasilianische Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Sie werden erwartet von Mauro Dell'Ambrogio, dem Staatssekretär für Bildung, Forschung und Innovation der Schweiz. Doch die Kunde von diesem Treffen, das eigentlich ganz diskret hätte stattfinden sollen, ist durchgesickert. Um die zwanzig Demonstrierende stehen vor dem Eingang und heissen die Delegation mit Transparenten willkommen. Nach einigen Minuten des Zögerns entscheidet der Fahrer, sich mit der Delegation aus dem Staub zu machen. Aufgrund der Präsenz von Public Eye und Multiwatch wird das Treffen kurzerhand abgesagt.

Ein harter Schlag

Offiziell waren die brasilianischen Parlamentsmitglieder von der Schweizerisch-Brasilianischen Handelskammer eingeladen worden, während fünf Tagen die «Erfolgsrezepte der Schweiz in Sachen Innovation» kennenzulernen. Vertrauliche Dokumente, die zu uns gelangten, zeigen jedoch, dass es in Tat und Wahrheit der Basler Konzern

Syngenta war, der die Fäden zog. Das Ziel: In Brasilien weiterhin giftige Agrarchemikalien verkaufen zu dürfen.

Der Hintergrund: Im September hatte die brasilianische Gesundheitsbehörde Anvisa beschlossen, die Verwendung des Pflanzenschutzmittels Paraquat zu verbieten – wegen zahlreicher Fälle von Vergiftungen, des nachgewiesenen Zusammenhangs mit der Parkinsonkrankheit und der Gefahr einer Schädigung des Erbguts. Ein harter Schlag für die Firma Syngenta, die in Brasilien über die Hälfte ihres Paraquat-Umsatzes erzielt. Umso mehr, als dort derzeit auch andere Pestizide des Basler Multis neu beurteilt werden und deren Verwendung ebenfalls untersagt werden könnte. So nimmt die Anvisa auch Glyphosat unter die Lupe, ein Herbizid, mit dem Syngenta allein in Brasilien jedes Jahr 150 Millionen Franken einnimmt. Brasilien ist für die Firma von strategischer Bedeutung: Syngenta macht dort einen Fünftel ihres globalen Pestizid-Umsatzes, jährlich etwa zwei Milliarden Franken.

Handverlesene Auswahl

Wenn so viel auf dem Spiel steht, wird nichts dem Zufall überlassen. Hinter den Kulissen hat sich Syngenta rasch in Stellung gebracht, um die brasilianische Behörde

zu drängen, auf das Paraquat-Verbot zurückzukommen. Das ist denkbar, weil die Anvisa unter dem Druck der Agrarindustrielobby die Nutzung des Herbizids nicht ab sofort, sondern erst ab 2020 verboten hat. Falls bis dann neue Studien präsentiert werden, welche die Unbedenklichkeit von Paraquat belegen, könnte die Behörde auf ihre Entscheidung zurückkommen.

Dass die Einladung der brasilianischen Politikerinnen und Politiker Teil dieser Gegenoffensive ist, zeigt ein internes, mit dem Logo von Syngenta versehenes Dokument, aus dem klar hervorgeht, dass es der Basler Konzern war, der die Eingeladenen sorgfältig ausgewählt hat. Alle haben sie Schlüsselpositionen inne, wenn es um landwirtschaftliche Fragen geht. Und die meisten von ihnen sind Mitglieder der Bancada Ruralista, der «Landwirtschaftlichen Front». Die mächtige Lobby war entscheidend an der Wahl des aktuellen Präsidenten Michel Temer beteiligt und ist mit diesem auch kürzlich wieder einen Deal eingegangen: Im Parlament verhinderte sie die Eröffnung eines Korruptionsverfahrens gegen den Präsidenten. Im Gegenzug erschwerte dieser per Verordnung den Kampf gegen moderne Sklavenarbeit und reduzierte die Schutzzonen im Amazonas-Regenwald.

Die Bancada Ruralista spielte eine wichtige Rolle dabei, dass die Anvisa das Pestizid Paraquat nicht ab sofort, sondern erst ab 2020 verbot. Und sie steht hinter einem Vorschlag, der die Entscheidungskompetenzen der Anvisa in Sachen Pestiziden stark einschränken würde. Diese sollen künftig beim Landwirtschaftsministerium liegen, das von Blairo Maggi geführt wird, dem berühmten «Sojakönig», gegen den derzeit wegen des Verdachts auf Bestechung, Geldwäsche und Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung ermittelt wird.

Offizielle Unterstützung des Bundes

Die brasilianischen Parlamentsmitglieder besuchten in der Schweiz unter anderem das World Food System Center der ETH Zürich, wo Syngenta einen umstrittenen Lehrstuhl für «Nachhaltige Agrarökosysteme» finanziert, und Labore im aargauischen Stein, in denen das Unternehmen neue Pestizide entwickelt. Über den Inhalt der Diskussionen im Salon des Hotels Marriott in Zürich (Zimmer ab 368 Franken die Nacht), wo die Besucherinnen und Besucher untergebracht wurden, wissen wir leider nichts.

Gemäss den uns vorliegenden Dokumenten hat der Bund die Organisation der Reise offiziell unterstützt. Er hat sich so an der Lobbyarbeit von Syngenta beteiligt, deren eindeutiges Ziel es ist, in Brasilien weiter ihre Pestizide vertreiben zu können, von denen manche – etwa Paraquat – wegen ihrer gesundheitsschädigenden Wirkung in der Schweiz längst verboten sind. Eine inakzeptable Doppelmoral. Die Genfer Nationalrätin Lisa Mazzone (Grüne) will nun vom Bundesrat wissen, ob und wie dieser das Lobbying von Syngenta unterstützt.



Der Protest von Public Eye und Multiwatch in Bern zeigte sofortige Wirkung.

Statt Gegenvorschlag jetzt der Abstimmungskampf

Eine Initiative hat immer drei Leben: Eines im Bundesrat, eines in National- und Ständerat und eines vor dem Volk. In den Kommissionen der Räte hat ein ziemlich gehaltvoller Gegenvorschlag für hitzige Diskussionen gesorgt, wurde schliesslich aber abgelehnt. Jetzt wird die dritte Stufe gezündet und der Abstimmungskampf nimmt Fahrt auf.

ANDREAS MISSBACH

Am 13. November letzten Jahres traf die Rechtskommission des Ständerats einen Entscheid, der viele überraschte: Mit acht zu einer Stimme hiess sie einen Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative (Kovi) gut. Und zwar nicht irgendeinen Gegenvorschlag, sondern einen, der – trotz klarer Abstriche bei der Haftung der Unternehmen für Menschenrechtsverletzungen – die wichtigsten Punkte der Initiative übernahm. Für Public Eye und unsere Kovi-Partner war der erfreuliche Entscheid allerdings nicht ganz so überraschend. Bereits im Herbst hatten einzelne Unternehmen und bürgerliche Politiker Interesse an einem Gegenvorschlag signalisiert.

In unzähligen Gesprächen gelang es uns, die von der Wirtschaftslobby verbreiteten Unwahrheiten über die Initiative – etwa, dass alle KMU für alle ihre Zulieferer und die Zulieferer der Zulieferer haften müssten – zu widerlegen. An der Anhörung, die dem Entscheid in der Ständeratskommission voranging, erläuterten der Tessiner Alt Ständerat Dick Marty (FDP), Co-Präsident des Initiativkomitees, und Public-Eye-Mitarbeiter Urs Rybi den Initiativtext und dessen verzerrte Darstellung. Und selbst John Ruggie, der Kopf hinter den UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, welche die Initiative in der Schweiz rechtsverbindlich machen will, sprach sich in einem Brief an die Kommissionsmitglieder für einen Gegenvorschlag aus.

Grosse Zustimmung für die Initiative

Für Nervosität in Wirtschaftskreisen und bei rechtsbürgerlichen Politikerinnen und Politikern sorgte im November auch eine Umfrage, die zeigte, dass das Anliegen der Initiative bei der Bevölkerung grosse Sympathien geniesst. 77 Prozent der Befragten würden der Initiative zustimmen, und die kontrovers diskutierte verschärfte Haftung für Menschenrechtsverletzungen stösst lediglich bei 17 Prozent auf Ablehnung.

Economiesuisse dagegen ging der Vorschlag des Ständerats zu weit, und die wichtigste Wirtschaftslobby der Schweiz machte mobil, um die Rechtskommission des Nationalrats davon zu überzeugen, den Entscheid der kleinen Kammer nicht zu bestätigen. Doch unsere unermüdlichen Anstrengungen führten dazu, dass es

keine einheitliche Front der Unternehmen gab. Einer der grössten Dachverbände der Schweizer Wirtschaft, das Groupement des Entreprises Multinationales (GEM), unterstützte einen indirekten Gegenvorschlag.

Migros und Ikea für Gegenvorschlag

Auch die Migros und Ikea Schweiz sprachen sich dafür aus. Das Möbelhaus schrieb an die Parlamentarierinnen und Parlamentarier, dass man sich jetzt schon dafür einsetze, dass es in den Lieferketten nicht zu Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung komme. Und das Unternehmen widersprach dem Mantra der Freiwilligkeit, das sowohl Bundesrat als auch Wirtschaftslobby unermüdlich wiederholen: «Unserer Ansicht nach können freiwillige Initiativen nicht hinreichend sicherstellen, dass alle Unternehmen die erforderlichen Massnahmen ergreifen.» Mit einer konstruktiven Diskussion und einem soliden Gesetzgebungsprozess wäre sogar ein Rückzug der Initiative denkbar geworden. Mit diesem Angebot reichte die Initiativkoalition dem gegnerischen Lager die Hand.

Doch am Schluss war das intensive Lobbying von Economiesuisse doch erfolgreich: FDP und SVP stimmten in der Rechtskommission des Nationalrats geschlossen gegen den Vorschlag der kleinen Kammer, und er wurde mit 14 zu 11 Stimmen versenkt.

Wir sind bereit

Der Gegenvorschlag geht nun noch einmal zurück an die Kommission des Ständerats. Diese könnte daran festhalten, aber mit den geltenden Behandlungsfristen für die Initiative scheint dies wenig realistisch. Damit sieht alles danach aus, als könnte die Initiative schon im November 2018 zur Abstimmung kommen. Wir sind bereit. Und überzeugt, dass die durch das Engagement für den Gegenvorschlag gewonnenen Alliierten für eine besser informierte Öffentlichkeit sorgen werden. Dick Marty resümierte: «Economiesuisse ist mit ihrer Blockadepolitik keineswegs repräsentativ für alle Unternehmen. Unsere Vorbereitungen für den Abstimmungskampf laufen auf Hochtouren. Wir blicken mit Optimismus auf den Abstimmungssonntag, denn die Unterstützung von Privatpersonen und von Stimmen aus der Wirtschaft wird immer grösser.»

Auch NGOs brauchen kritischen Journalismus

Zivilgesellschaftliche Organisationen wie Public Eye leiden heute schon unter der Medienkrise. Eine Abschaffung der staatlich gesicherten Informations-Grundversorgung, wie sie die «No Billag»-Initiative fordert, wäre auch für NGOs eine veritable Medienkatastrophe, die es unbedingt zu verhindern gilt.

OLIVER CLASSEN

«Blocher-Presse übernimmt Gratisblätter», «Redaktionsfusion bei Tamedia-Titeln» oder zuletzt «AZ und NZZ verschmelzen Zeitungsgeschäft»: Meldungen über Kooperationen und Kürzungen im Schweizer Journalismus erreichen uns inzwischen fast im Wochentakt. Und Ringier-CEO Marc Walder meinte jüngst: «Es wird noch blutiger werden.» Aus der brachialen Branchenkonsolidierung der letzten Jahre sind ein halbes Dutzend Medienkonzerne hervorgegangen, die Journalismus entweder nur mehr als Nebengeschäft oder mit parteipolitischer Agenda betreiben. Und da das alte, auf Werbung basierende Geschäftsmodell implodiert und kein Ersatz in Sicht ist, wird in den Verlagen drastisch gespart – häufig zuerst in für investigative Menschenrechtsorganisationen wie Public Eye besonders relevanten Bereichen wie Recherche und profunder Dossierkenntnis.

Argumente von rechts aussen

Auf diesem Hintergrund wird deutlich, dass die am 4. März zur Abstimmung kommende «No Billag»-Initiative nichts anderes als ein gut getimter Anschlag auf einen Grundpfeiler unserer direkten (und damit besonders informationsintensiven) Demokratie ist. Denn ohne vernünftige Informationen gibt es keine vernünftigen Volksentscheide, auch nicht zu den politischen Anliegen der Schweizer Zivilgesellschaft. Doch wer soll die dafür notwendige Grundversorgung in allen vier Landesteilen garantieren, wenn nicht ein gebührenfinanzierter medialer «Service public» à la SRG? Der von den Initiantinnen und Initianten kritisierte Linksdraht der – unserer Erfahrung nach – ausgewogen berichtenden SRG-Sender zeigt primär, wie weit rechts «No Billag» argumentiert. Fest steht, dass auch NGOs auf unabhängige und sachkundige Medienschaffende

angewiesen sind. Und zwar nicht nur zur Verbreitung ihrer Botschaften, sondern auch als kritisches Korrektiv.

Minderheitenschutz fiele weg

Abgesehen von diesen zivilgesellschaftlichen Notwendigkeiten gehört die SRG-Zerschlagungsinitiative aber auch aus staatspolitischen Gründen gebodigt. So verlangt «No Billag» die ersatzlose Streichung jenes Verfassungsartikels, wonach Radio und Fernsehen heute «zur Bildung und kulturellen Entfaltung, zur freien Meinungsbildung und Unterhaltung» beitragen müssen. Diese Ansprüche könnten an eine vollprivatisierte Medienlandschaft nicht mehr gestellt werden. Wegfallen würde neben dem öffentlich-rechtlichen Bildungsauftrag auch der für unsere Willensnation existenzielle Minderheitenschutz. Die SRG fördert mit ihren Subventionen nämlich auch den Ausgleich zwischen den Sprachregionen: Von den rund 70 Prozent der Gebühren, die in der Deutschschweiz eingenommen werden, bleiben nur 45 Prozent hier, der Rest fliesst in die Romandie und ins Tessin.

Es braucht ein breites, dezidiertes Nein

Für die von der Medienkrise heute schon besonders stark betroffene französische und italienische Schweiz wäre ein weiterer medialer Vielfalts- und Qualitätsverlust eine gesellschaftspolitische Katastrophe. Aber auch im Dreieck Bern-Basel-Zürich hätte die Annahme eine Schockwirkung – auch weil eine vorgabenfreie Versteigerung von Konzessionen an die Meistbietenden, wie sie «No Billag» vorsieht, fast zwangsläufig zu audiovisuellen Milliardenmedien wie in den USA führen würde. Diese Aussicht müsste eigentlich auch populistische SRG-Verächterinnen und -Verächter davon überzeugen, dass es am 4. März ein möglichst breites und dezidiertes Nein braucht.



M A C

H I N

E S



Schätzungsweise 45 Millionen Menschen arbeiten in der indischen Textil- und Kleiderindustrie. Rahul Jain gibt in seinem Debütfilm «Machines» Einblick in eine gigantische Textilfabrik im indischen Bundesstaat Gujarat. Sein Film zeigt die alltägliche Ausbeutung an diesem Ort der

Massenproduktion für unsere globalisierte Welt. Und macht deutlich, welchen hohen Preis die Arbeiterinnen und Arbeiter zahlen für die Kleider, die in unseren Schränken hängen. Eine Geschichte von Ungleichheit und Unterdrückung, Menschen und Maschinen.

Public Eye ist Promo-Partnerin des Films, der am Zurich Film Festival als bester Dokumentarfilm ausgezeichnet wurde. «Machines» kommt in der Deutschschweiz am 25. Januar in die Kinos. Die Regionalgruppe Winterthur von Public Eye zeigt «Machines» am ersten Februar um 20:15 im Kino Cameo in Winterthur – mit Apéro.

Wo Konzerne lieber im Verborgenen agieren und die Politik dies zulässt, da schaut Public Eye ganz genau hin: Mit Recherchen, Lobbyarbeit, Kampagnen und politischen Vorstössen setzen wir uns dafür ein, dass Schweizer Unternehmen und die offizielle Schweiz ihre Verantwortung zur weltweiten Achtung der Menschenrechte wahrnehmen.

Public Eye, Dienesstrasse 12, Postfach, 8021 Zürich
Tel. +41 (0) 44 2 777 999, kontakt@publiceye.ch, Postkonto 80-8885-4

www.publiceye.ch

@publiceye_ch www.facebook.com/publiceye.ch @publiceye.ch



Erklärung von Bern